

Krankenkassen: Basel exportiert ein Erfolgsmodell

Von Alexander Müller. Aktualisiert am 25.08.2008 **4 Kommentare**

Der Stadtkanton übernimmt das Risiko für in Zahlungsunfähigkeit geratene Kunden von Krankenkassen und fährt gut damit. Nun soll das Modell auch in der übrigen Schweiz angewendet werden.



Wer seine Krankenkassenprämien nicht bezahlen kann, dem darf die Versicherung die Leistungen sistieren. Gleichzeitig aber werden Ärzte und Spitäler von Gesetzes wegen verpflichtet, medizinische Nothilfe zu leisten, selbst wenn dem Patienten der Versicherungsschutz fehlt. Die Kosten für die Behandlung muss das Spital im Anschluss meist in einem aufwändigen Betreibungsverfahren vom Patienten einfordern.

Artikel zum Thema

**Nichtversicherte kosten Spitäler Millionen
Krankenkassenprämien steigen um 4
Prozent**

Viele Gemeinden übernehmen die Kosten für solche Behandlungen nämlich erst, wenn ein Verlustschein belegt, dass die betroffene Person zahlungsunfähig ist. Während des langwierigen Betreibungsverfahrens kommt weder die Gemeinde noch die Krankenkasse für die Kosten auf. Die

Ausstände erreichen in grösseren Spitälern schnell einige Millionen, was für diese ein grosses Ärgernis darstellt.

Risiko abgekauft

Etwas anders funktioniert das in Basel-Stadt: Der Kanton hat mit dem Krankenversicherungsverband Santésuisse eine Vereinbarung getroffen: „Wir kaufen den Kassen das Risiko ab“, erklärt der Basler Gesundheitsdirektor Carlo Conti. Wenn jemand nun – ob verschuldet oder unverschuldet – seine Prämien nicht mehr bezahlen kann, wird seitens der Krankenkasse die Leistung nicht eingestellt.

Der Zahlungsunfähige schuldet seiner Krankenkasse zwar weiterhin die Prämien - nicht aber den weitaus grösseren Betrag einer medizinischen Behandlung, da die Leistungen der Kasse ja weiterhin gewährleistet sind. Gleichzeitig werden Ärzte und Spitäler administrativ massiv entlastet, weil sie für ihre Leistungen den Kassen wie üblich eine Rechnung stellen können und sich nicht mit Betreibungsämtern herumschlagen müssen.

Detailverhandlungen

Der Kanton Basel-Stadt lässt sich den Schutz seiner Einwohner und die Entlastung der medizinischen

Infrastruktur pro Jahr rund 8 bis 9 Millionen Franken kosten. Ein Modell mit Potenzial wie ©
Gesundheitsdirektor Conti findet: In seiner Funktion als Vizepräsident der Konferenz der kantonalen
Gesundheitsdirektoren (GDK) brachte er das Basler Modell als Vorschlag für eine
gesamtschweizerische Lösung ein. Mit Erfolg, wie Conti versichert: „Verhandelt wird derzeit nur noch
über einige Details“.

Ein solches „Detail“ ist der Prozentsatz der Ausstände, den die Kantone übernehmen sollen. Die
Kantone wollen nämlich nicht den ganzen Betrag übernehmen, sondern bloss etwa 80 Prozent.
Schliesslich hätten auch die Kassen bei dem System ihre Vorteile, kämen sie doch in den Genuss von
administrativen Vorteilen, so Conti.

(Baz.ch/Newsnetz)

Erstellt: 25.08.2008, 15:01 Uhr

baz.online